„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—32 Seiten Stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German speaking voters of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Ein letzter Mahnruf.

Die Konservative Vereinigung von Saskatchewan hat durch ein Blatt des Westens einen zwei Seiten langen Aufruf an die deutschen Wähler von Saskatchewan ergehen lassen, der eine deutliche Antwort geradezu herausfordert.

In großen Buchstaben ist gleich auf der ersten Seite zu lesen: „Gebt am 6. Juni Eure Stimmen für die konservativen und progressiven Kandidaten ab!" — Ein solcher Aufruf spricht Bände. Beweist er doch, wie Konservative und Progressive in Saskatchewan versippt und verwandt sind, weil es beiden nur darum geht, die liberale Gardiner-Regierung zu stürzen. Zugleich aber ist diese Aufforderung auch ein Zeichen der Schwäche, soweit die konservative Partei in Frage kommt. Wäre sie ihrer Sache sicher, brauchte sie nicht zur Unterstützung der Progressiven aufzufordern. So aber gesteht sie ein, daß sie mit den Progressiven durch dick und dünn geht, damit sie ihr Ziel erreicht. Und die Progressiven lassen sich diese moralische und agitatorische Hilfe seitens der Konservativen ruhig und gerne gefallen. Damit ist das Bündnis zwischen den beiden Parteien enthüllt. Damit ist klargestellt, daß alle, die auf den Sturz der Gardiner-Regierung hinarbeiten, nur Vorspanndienste für die Torypartei leisten, ob sie wollen oder nicht.

Geradezu lächerlich wirkt es, wie sich in dem betreffenden Aufruf die Konservativen als die Freunde des Farmerstandes aufspielen wollen, diese nämlichen Konservativen, die von je und allzeit die Hochschutzzöllner Canadas waren und es auch heute noch sind. Oder hat man es vergessen, daß die Tories ihren Hauptstützpunkt in den kapitalistischen Kreisen des Ostens haben? Hat man vergessen, wie stark die konservative Partei des Westens durch die oft farmerfeindlichen Ideen ihrer östlichen Parteifreunde beeinflußt ist?—Und nun betrachte man sich dieses Bild: Konservative und Progressive Arm in Arm! Ist das nicht ein Ungeziefer?

Das Törichste leistet sich der Aufruf, wenn es dort heißt: „Regierung war gegen den Pool." Jeder, der die Saskatchewan-Politik der letzten Jahre aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß während der Organisationsperiode gerade die liberale Regierung den sich abmühenden Organisatoren zu Hilfe kam und die endgültige Werbearbeit für die nötigen 50 Prozent der Anbaufläche finanzierte. Minister der Gardiner-Regierung haben landauf und landab sich öffentlich für die Poolorganisation eingesetzt und ihr auf die Beine geholfen. Immer und immer wieder wurde feierlich erklärt, daß die liberale Regierung das „kooperative Prinzip" als das ihrige anerkenne. Nun möchte man aus der vorübergehenden Haltung eines einzigen Blattes der nämlichen Regierung einen Strick drehen! Doch solche durchsichtige Methoden können nur auf jene wirken, die nach einem deutschen Sprichwort „nicht alle werden."

Die übrigen Abschnitte des Aufrufs enthalten leere und nichtssagende Versprechungen, während sich die Konservative Vereinigung von Saskatchewan über das Wichtigste ausschweigt, **nämlich über ihre Haltung gegenüber den Fremdgeborenen, im allgemeinen und den Deutschen im besonderen.** Das wäre aber ein interessantes Thema, das namentlich uns interessieren würde, die wir schon seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen **die konservative Unduldsamkeit** führen mußten. Weil die Konservativen sich offenkundig schämen oder scheuen, ihr wahres Gesicht in diesem Punkte zu zeigen, wollen wir ihnen ganz kurz folgendes ins Gedächtnis zurückrufen: Die Torypartei ist verantwortlich für das Kriegsmaßnahmengesetz vom Jahre 1917 und damit für die Entrechtung der fremdgeborenen und namentlich der deutschsprechenden Bürger —eine ewige Schmach und Schande für die Konservativen. Konservative haben uns schon so oft als „foreigners" und „Bohunks" beschimpft. Der Torypführer Dr. J. T. M. Anderson hat uns als ungebildete Menschen hingestellt, die erst zivilisiert werden müßten. Der prominente Tory J. F. Bryant hat unvergeßliche Brandreden gegen die Fremdgeborenen gehalten. Die Konservativen möchten der deutschen Einwanderung die Türe vor der Nase zuschlagen, wenn sie nur erst einmal am Ruder wären. Der anglikanische Bischof George Exton Lloyd von Prince Albert hat die Einwanderer als „schmutzige, unwissende und nach Knoblauch riechende Ausländer" bezeichnet. Ein gehässiges Flugblatt charakterisiert uns als „gefährliche fremde Rasse", als „Feind im Innern" und als „Unkraut". **Deutschsprechende Wähler, habt Ihr schon jemals gehört, daß ein führender Konservativer öffentlich gegen eine solche Verhetzung aufgetreten ist oder sie verurteilt hat?** Nein, im Gegenteil, diese schändliche Wühlarbeit war nach Ansicht der Tories **stets Wasser auf ihre Mühle.** Denn das einzige Ziel dieser Partei ist, zur Macht in der Provinz zu gelangen. In der Wahl ihrer Mittel ist sie nicht skrupelhaft, wenn nur der Machthunger der konservativen Führer befriedigt wird.

Man konnte uns nicht mit dem Einwand, es könne vielleicht auch den einen oder anderen guten Mann unter ihnen geben! **Der Einfluß solcher Einspänner ist in der praktischen Parlamentspolitik gleich null: denn sie müssen, wenn es drauf und dran kommt, mit den Wölfen heulen, dürfen in der Legislatur nicht gegen ihre eigene Partei stimmen. Wer sich als konservativer Kandidat hat aufstellen lassen, erkennt damit die Prinzipien der Konservativen an und billigt auch** (wenigstens stillschweigend) **die Schmutzpropaganda,** die seit dem Arm River-Wahlkampf in Saskatchewan gegen die liberale Regierung betrieben worden ist. Da hilft kein Drehen und Deuteln. Es gibt nur ein „Für oder Gegen". Wer für uns ist, für die Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied ihrer Herkunft, für die deutschcanadische Sache, für Gerechtigkeit und Duldsamkeit, kann nie und nimmer hinter dem Banner der Gardiner-Feinde herlaufen.

Ein deutsches Sprichwort sagt: „Wer die Wahl hat, hat die Qual". Diese Wahl sollte uns Deutschcanadiern fürwahr keine Qual und keine großen Kopfschmerzen bereiten. Denn die politische Lage ist diesmal so klar wie sie noch selten war. Es kann für uns unter diesen Verhältnissen nur eine Entscheidung geben und diese lautet: **Wir alle stimmen am 6. Juni für die liberalen Kandidaten und damit für die tüchtige, bewährte und duldsame Gardiner-Regierung von Saskatchewan.**

Canadisch-deutsche Vorschläge verworfen.

Der Assoziierte Presse erfährt aus sicherer Quelle, daß ein besonderer Völkerbundausschuß von drei Mitgliedern die von Deutschland und Canada gleichzeitig eingereichten Vorschläge zum Schutz der Völkerminderheiten, die in Europa 50,000,000 Einwohner zählen, verworfen hat.

Die Mitglieder des Ausschusses, Sir Austen Chamberlain, Senor Aimones de Leon von Spanien und Adatchi von Japan waren in London in Sitzung, und ihr Bericht soll erst am Beraderd der Junitagung des Völkerbundes veröffentlicht werden. Da der wesentlichste Vorschlag Deutschlands nicht gebilligt worden ist, dürften sich die Sitzungen in Madrid im Juni recht lebhaft gestalten. Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann wird unter Mithilfe anderer Nationen dortselbst seine Bemühungen zum Schutze der Minoritäten fortsetzen.

Der Völkerbund verwirft den Vorschlag, daß der Völkerbund einen ständigen Schutz der Minoritäten bilden solle; hingegen wurde beschlossen, der Rat sei nur unter den Minoritäten-Verträgen zum Vorgehen berechtigt, wenn ein Mitglied des Völkerbundrates eine Verletzung der abgeschlossenen Verträge melde. Eine Abänderung dieser Verträge soll nur mit Majoritätsabstimmung des Rates und Zustimmung der Signatarmächte erzielen können.

Der unterbreitete Bericht mißbilligt ferner den canadischen Vorschlag, das Minoritätskomitee von 3 auf 14 Mitglieder zu vermehren, indessen wird die Tür für Erhöhung der Mitgliederzahl auf 5 offen gehalten. Die angeregte Erneuerung eines Beratungskomitees wurde abgelehnt, und ebenso der Vorschlag, diese Sitzungen öffentlich abzuhalten. Eine etwaige Veröffentlichung der Resultate derselben soll den interessierten Regierungen überlassen bleiben.

Der Völkerbund wird indessen ermächtigt, Jahresberichte über die eingelaufenen Minoritätsbeschwerden zu veröffentlichen, falls diese Beschwerden aus irgend einem Grunde als annehmbar zu betrachten sind. Sollten sie als unannehmbar betrachtet werden, hat er auch das Recht, den Nationen dieses mitzuteilen.

Im allgemeinen ist dieser Bericht des Sonderausschusses für die politische Lage in Europa von größter Wichtigkeit, denn nach dem einstimmigen Urteil von Beobachtern ist das Minoritätsproblem in seiner Gesamtheit die größtmöglichste Ursache von Mißverständnissen zwischen den Nationen. Der Bericht bedarf noch der Billigung des Völkerbundes, der am 6. Juni in Madrid zunächst in Geheimverhandlungen zusammentreten wird, bevor die regelmäßige öffentliche Sitzung am 10. Juni beginnt.

Weltumschau

Um Rückgabe der deutschen Kolonien. Auf Grund der kürzlichen Erklärung v. Seiten Dr. Schachts des Führers der deutschen Delegation auf der Reparations-Sachverständigenkonferenz in Paris, gegenüber den Alliierten, daß Deutschland nur seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen könnte, sofern bestimmte der früheren deutschen Kolonien zurück erstattet würden, hat es die Deutsche Kolonialgesellschaft unternommen, einen Druck auf den Deutschen Reichstag auszuüben bezüglich Annahme einer ähnlichen öffentlichen Haltung.

Dr. Schacht erklärte vor den Delegationen der Alliierten auf der Pariser Konferenz, daß die Fähigkeit des Deutschen Reiches, den auferlegten Verpflichtungen nachzukommen, ganz und gar vom Kolonial-Handelsverkehr abhänge, und daß ein Mangel an Rohstoffquellen ein ernstliches Hinderuis für Deutschlands ökonomische Zukunft bilde.

Die Deutsche Kolonial-Gesellschaft hat die Erklärung Schachts als Kampfruf angenommen. Die deutsche Regierung dagegen verhält gegenwärtig noch die Haltung, daß die Zeit für Einschlagung einer definitiven neuen Kolonial-Politik noch nicht reif sei.

Ford und deutsche Farben-Industrie. Eine Ankündigung, daß die Ford-Gesellschaft von Berlin und der J. G. Farbentrust Vereinbarungen getroffen haben, denen zufolge der deutsche Farbentrust 40 Prozent des Aktienkapitals der Ford-Gesellschaft übernimmt, wird in einigen Kreisen als Auftakt für ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Henry Ford, der Standard Oil Co. und dem deutschen Farbentrust betrachtet.

Die Standard Oil Co. und der deutsche Farbentrust unterzeichneten vor einigen Wochen ein Abkommen bezüglich der Entwicklung der Oelquellen in der ganzen Welt und es verlautet hier, daß das Abkommen zwischen dem Ford-Konzern und den deutschen Farbenwerken das Resultat der Vermittlung zwischen Vertretern der Standard Oil Co. und der deutschen Farbenwerke bildet.

Die Vossische Zeitung erklärt dazu, das Abkommen zwischen der Ford-Gesellschaft und den deutschen Farbwerken sei anscheinend das Gegenstück zur General Motors Co.-Opelwerke Interessengemeinschaft und fügt noch hinzu, daß seit der Aenderung der Produktionsmethoden in den Jahren 1926 und 1927 Ford weiteres Kapital benötigte, um der Konkurrenz der General Motors Co. standhaft zu können.

Flugzeugbau durch Rauch. In Friedland, Ostpreußen, wurden ausgedehnte Versuche mit einer neuen Methode von künstlichem Nebel zum Schutze gegen Flugzeugangriffe gemacht. Nach Angaben der Fachleute sind die Experimente erfolgreich gewesen. Ein großes Kraftwerk und das umliegende Gelände wurden als ein wichtiger Punkt ausgewählt, der den feindlichen Bombenflugzeugen entzogen werden sollte. Aus einer großen Anzahl von Oeffnungen strömte chemisch erzeugter Rauch, doch verhinderte ein starker Wind die Entwicklung der gewünschten Dichtigkeit.

Der Chef der Abteilung für Luftschutzwesen im Reichsinnenministerium Brandenburg beobachtete die Versuche von einem Flugzeug aus. Er war anderer Meinung als die Sachverständigen und erklärte, daß der künstliche Nebel nutzlos sei und nur dazu dienen würde, die Insassen feindlicher Flieger anzuziehen.

Deutscher Hohen-Welt-Rekord. Pilot Willy Neunhofer hat einen neuen Hohenflug-Weltrekord von 41,000 Fuß mit einem Zuladungs-Flugzeug des „Bremen"-Typs gebraucht, wie eine Meldung aus Dessau, Deutschland, besagt. Auf dem Flug gewann er durch Druck einer Sauerstoff-Kiste in Lebensgefahr und verlor das Bewußtsein. Das Flugzeug fiel nahezu 22,000 Fuß, bevor der Pilot zur Besinnung kam und die Kontrolle über die Maschine wieder gewann.

Auf seinem ersten Flug stieg Neunhofer zu einer Höhe von 35,000 Fuß hinauf, bevor die Sauerstoff-Röhre kurz und der Pilot das Bewußtsein verlor. Trotz des langen Sinkfluges war das führerlose Flugzeug noch mehr als Meilen über dem Erdboden, als der Pilot die Besinnung wiedergewann und umkurvte nur eine glückliche Landung zu bewerkstelligen.

Neunhofer wird um eine offizielle Anerkennung seiner Hohenflug-Leistung seitens des internationalen Luftverbandes nachsuchen. Er behauptet, daß der gegenwärtige, von der genannten Körperschaft verzeichnete Weltrekord von dem Amerikaner Kapitän C. C. Champion mit 11,710 Metern aufgestellt wurde, im Vergleich zu seiner eigenen Leistung von 12,500 Metern.

Neunhofer brachte 2 Stunden und 20 Minuten in der Luft zu. Der Zweck seines Fluges war, die Einwirkung verdünnter Luft und Kälte auf seinen Motor und das Feuerungsmaterial zu erproben.

Belgische Wahlen. Der Ausgang der Parlamentswahlen in Belgien hat, soweit die deutschen Distrikte Eupen und Malmedy in Betracht kommen, die im Frieden von Versailles zu Belgien geschlagen wurden, allgemeine Genugtuung hervorgerufen. Mit überwältigender Mehrheit wurden in diesen Distrikten die deutschen Kammerkandidaten gewählt, ein neuer Beweis dafür, daß der deutsche Gedanke in Eupen und Malmedy auch unter belgischer Herrschaft weiter lebt und sich nicht niederhalten läßt.

Die letzten Berichte über das Ergebnis der Parlamentswahlen weisen auf ansehnliche Gewinne der Regierungsparteien hin. Besonders glücklich waren die Liberalen, welche mindestens die Hälfte der in der Wahl von 1925 verlorenen zehn Sitze zurückgewannen. In den meisten Wahlkreisen verloren die Sozialisten an Boden zu Gunsten der Liberalne und Kommunisten. In Flandern haben die Flamen namhafte Siege zu verzeichnen. Viele katholische Stimmen wurden für ihre Kandidaten abgegeben. Der frühere Minister Forthcome, ein Opfer der Wahlen von 1925, errang einen glänzenden Sieg für die Liberalen in Verviers. Auch in Flandern und der Provinz Luxemburg haben die Liberalen erhebliche Wahlgewinne zu verzeichnen gehabt.

Französ. Kommunisten protestieren. Das französische Parlament hat mit den üblichen Radauszenen der Kommunisten, welche mit aller Energie gegen die etwa 3,500 Verhaftungen anläßlich der Maifeier protestierten, seine Sitzungen wieder aufgenommen und es konnte zunächst mit 326 gegen 251 Stimmen dem Kabinett von Poincare trotz des Protestes der Kommunisten ein Vertrauensvotum ausstellen.

Nach dieser kurzen Formalität legte sich auch der Tumult gar bald, sodaß man zur Tagesordnung übergehen konnte. Jedem Deputierten, der sich zum Wort meldete, wurde für seine Ausführungen eine bestimmte Frist zuerkannt, und sobald diese abgelaufen war, flammten am Pult des Präsidenten der Deputiertenkammer zwei neu angebrachte rote Lichter auf, das Zeichen, daß er seinen Redestrom abzubrechen habe. Diese Neuerung und die Anwesenheit des sozialistischen Führers Leon Blum, welcher in der regulären Wahl besiegt worden war und in der folgenden Spezialwahl wieder einen Sitz erlangte, interessierte die Deputierten zunächst mehr, als alle Parlamentsfragen. Nichtsdestoweniger liegen aber dem Parlament einige wichtige Fragen vor, unter ihnen das Budget mit seiner Forderung von annähernd 2,000,000,000 Franken, die Mietsgesetze, Stadtbauplangesetze, soziale Verwaltungsanträge und Fragen anderer Art.

Aussöhnung mit Vatikan. König Viktor Emmanuel von Italien unterzeichnete und ratifizierte die lateranischen Verträge zwischen Italien und dem Vatikan. Nur die Unterschrift des Papstes ist noch notwendig, um die Verträge in Kraft treten zu lassen und den alten Bruch zwischen der Kirche und Italien zu heilen, der seit dem Jahre 1870 bestand.

Der König unterzeichnete die Verträge nachdem er Ministerpräsident Mussolini und andere Minister in seinem Palaste empfangen hatte. Die Verträge werden im Amtsblatt veröffentlicht werden, und danach werden Kardinal Gasparri und Ministerpräsident Mussolini an einem jetzt noch nicht feststehenden Datum und Orte die Ratifizierungen austauschen.

Der erste Besuch des italienischen Herrschers in Begleitung von Ministerpräsident Mussolini dürfte nunmehr bald stattfinden, sagte die Zeitung „Tribuna". Der Vatikan soll noch nicht entschieden haben, ob der Besuch Gegenstand eines formellen Empfanges werden soll oder sich mehr in Uebereinstimmung mit den einfacheren Zeremonien beim letzten Besuche von König Albert von Belgien halten solle.

Aman Ullah in Indien. Der frühere König Aman Ullah von Afghanistan ist in Begleitung seiner Gattin, seines Bruders und Familienangehöriger von New Delhi in Bombay (Indien) angekommen. Während seiner Anwesenheit in New Delhi hat Aman Ullah erklärt, er habe nicht die Absicht, nach Afghanistan zurückzukehren. Auf eine Erörterung der politischen Lage in Afghanistan und seiner eigenen Zukunftspläne wollte er sich nicht einlassen.

Vertreter der Bombay-Regierung empfingen die Reisegesellschaft am Bahnhof und ein bereit stehendes Automobil brachte sie auf schneller Fahrt nach dem bestellten Quartier. Eine Menge Mohammedaner und Pathans, die sich auf dem Bahnhof versammelt hatte, begrüßte den früheren Herrscher mit Zurufen des Willkommens.

Aman Ullah schien ermüdet und in niedergedrückter Stimmung zu sein. Die Ex-Königin Suriya und die Frauen in ihrer Begleitung trugen dichte Schleier. Ein Ambulanzwagen mit Krankenpflegerinnen, der im Hinblick auf die baldige Entbindung der Königin zur Stelle war, fuhr leer davon, weil Beistand nicht nötig war.

Die deutschen Schulen in Nordschleswig. Der deutsche Abgeordnete im dänischen Reichstag, P. Schmidt-Wodder, hat die deutschen Schulforderungen in Gestalt einer Gesetzesvorlage eingebracht. Zur Frage der Schulverhältnisse in den von Deutschland an Dänemark abgetretenen Gebieten wird von unterrichteter Seite in diesem Zusammenhang nunmehr folgendes mitgeteilt:

Das von deutscher Seite Dänemark angebotene Schulabkommen ist damals abgelehnt worden, weil die dänische Regierung den Standpunkt vertrat, daß dies eine Einmischung in innere dänische Verhältnisse bedeutet. Bei einer späteren Gelegenheit wurde erklärt, daß Dänemark so liberale Schulverhältnisse habe, daß eine besondere Verordnung für die Minderheiten nicht notwendig sei. Dennoch muß heute darauf hingewiesen werden, daß das Schulwesen in Nordschleswig immer noch sehr im argen liegt. Heute gibt es beispielsweise in den in Frage kommenden Gebieten keine einzige höhere Schule mehr. Es ist deutschsinnigen Studenten, die in Kopenhagen studieren wollen, heute nur möglich, das Studium anzutreten, wenn sie ein dänisches Gymnasium oder irgendeine andere dänische Hohe Schule besucht haben. Privatschulen werden zwar auf Grund des dänischen Schulgesetzes gestattet; die Mittel für diese Schulen müssen aber die Gemeinden bewilligen. Auch hier steht etwas auf dem Papier, was den deutschen Schulpflichtigen gar nicht zugute kommt. Es gibt keine reindeutsche Schule im abgetretenen Gebiet. Der dänische Unterrichtsminister hat ebenso wie vor zwei Jahren die Vorlage Pastor Schmidt-Wodders glatt abgelehnt und sich lediglich bereit erklärt, auf einzelne Punkte in den Ausschüssen einzugehen.

Bei der Beratung erklärte der Wortführer der Konservativen, Holger Andersen, seine Partei sei bereit, über die deutschen Forderungen in Verhandlungen einzutreten. Das gesamte Schulwesen der deutschen Minderheit müsse jedoch auf die Privatschule gegründet werden; die deutsche Forderung auf Einführung eines deutschen Gymnasiums sei abzulehnen. Auch der Demokrat Paulsen betonte, daß das deutsche Schulwesen auf der Grundlage der Privatschule aufgebaut werden müsse. Der Frage der Errichtung einer höheren deutschen Schule wolle er nähertreten. Der Sozialdemokrat J. P. Nielsen stimmte im allgemeinen den deutschen Schulforderungen zu. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß überwiesen.

Zeppelin und Postsack.

Hoch ob der Donau über Wien
Glitt nachts der stolze Zeppelin.
Und gegen Wolkenzug und Sturm
Umflügelt er den Stephansturm.
Und donnernd trägt er's durch die Nacht:
„So weit hat es der Mensch gebracht!" ...
Ein Gruß — ein Winken — ein Signal —
Im Beutel fliegt die Post zu Tal.
Und wo der Beutel niederprallt,
Huscht eine dunkele Gestalt.
Noch eine schlängelt sich heran —
Das grabscht und räubert, was es kann;
Und nimmt sich Marken, Brief und Geld
Und schmeißt den leeren Sack ins Feld.
Hoch unterm Wolkenbaldachin
Schwebt ahnungslos der Zeppelin ...
O, Sohn der Welt, sieh' endlich ein:
So war es stets, so wird es sein.
Derweil ein stolzer Findergeist
Die Edelsten zur Höhe reißt
Und, von Gefahren unberührt,
Ins Reich der ewigen Sterne führt,
Klebt tief, des Bodens Schmutz vermählt,
Was sich um Raub und Beute quält,
Und stiehlt dem höchsten Menschentum
Den Sack vielleicht, doch nie den Ruhm!

Diogenes.

24 Jahre Saskatchewan

(Fortsetzung vom Seite 1)

für öffentliche Arbeiten ein ehrenvolles Zeugnis ausstellen. Für Blinde, Taube und Stumme soll ebenfalls gesorgt werden, sofern das noch nicht geschehen ist.

Stets war es das Bestreben der Saskatchewan-Regierung, dem **Unterrichtswesen** eine besondere Beachtung zu schenken. Sie befaßt sich gegenwärtig mit der Ausdehnung der fakultativen Erziehung in den ländlichen Gebieten. Das bei uns eingeführte Ueberwachungssystem ist so gut ausgebaut, daß es den Vergleich mit jeder anderen canadischen Provinz aushält. Weitere Förderung soll dem Ausgleich der Unterrichtskosten und der Erhaltung eines guten Lehrerstandes zugewendet werden. Die von der Opposition vorgebrachte Kritik am Unterrichtswesen ist entschieden zu verurteilen. Alle Beschwerden und Klagen sind gründlich untersucht worden. Dabei hat sich herausgestellt, daß nur in sehr wenigen Fällen das Schulgesetz verletzt worden ist.

Das **Landwirtschaftsministerium** wird seine wertvolle Tätigkeit zur Hebung aller Zweige auch weiterhin fortsetzen, da die Landwirtschaft als die Grundlage der Provinz eingeschätzt werden muß. Ferner wird man sich bemühen, durch die Arbeitsvermittlungsstelle die besten Arbeitskräfte für die Farmen zu beschaffen.

Ein Werk der Gardiner-Regierung

Das Ministerium für Eisenbahnen, Arbeit und Industrie wird den Bau weiterer Zweiglinien fördern. Dieses Department ist ein Werk der gegenwärtigen Regierung. Es hat sich als unsagbar wertvoll für unsere Provinz erwiesen.

Die Entwicklung der Kohlenfelder, der Tonlager, der nördlichen Minengebiete, der Kraftquellen, der Landwirtschaft und der Wälder wird weiterhin betrieben werden, wenn die bisherige Regierung im Amt zurückkehrt.

Die Finanzlage der Provinz gewährleistet das Vertrauen der Finanzleute in die zukünftige Verwaltung durch die liberale Regierung.

Die gerechte und vorurteilslose Behandlung unserer ganzen Bevölkerung läßt ein zufriedene und friedliches Zusammenleben in den nächsten vier Jahren erwarten, was für unsere Entwicklung wesentlich ist.

„Darum", so schließt der Aufruf des Premiers, „bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung am 6. Juni."

Bischof Lloyd auf der Anklagebank.

(Fortsetzung von Seite 1)

Mitteleuropäer sind weder schmutzig noch unwissend noch unerwünscht, und was den Knoblauchgeruch angeht, so halte ich eine solche Schmähe für tausendmal besser, als wenn man seinen Geist mit so üblen und häßlichen Schimpfworten beschäftigt, die ich erwähnt habe. Bischof Lloyds Darstellung ist eine Beleidigung nicht nur für den Mitteleuropäer, sondern für die Menschheit im allgemeinen. Richtig ist, daß die meisten dieser Mitteleuropäer ziemlich arm sind, wenn sie nach Canada kommen, **aber sie machen diese „Disqualifikation" wett durch ihren Fleiß, ihre Ausdauer und ihr Streben, sich eine Heimat auf unserer Prärie zu erwerben.** Wenn diese Europäer nach Canada kommen, bleiben sie hier. Es dauert nicht lange, so haben sie ihre Heimstättenrechte erfüllt und ihre Schulden abgetragen. Sie sind gute Familienväter, lieben das Land, auf dem sie arbeiten.

„Sechs Jahre Gefängnis"

„Arne Vaara (ein Finnländer) wurde wegen Aeußerungen gewisser aufrührerischer Gefühle ins Gefängnis geschickt. Wenn Vaara wegen eines solchen Artikels zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, so behaupte ich, daß Bischof Lloyd auf sechs Jahre ins Gefängnis geschickt werden sollte, weil sein Urteil über gewisse Nationalitäten in Canada ebenso sträflich war wie der von Vaara geschriebene Artikel in einem Blatt, das er irgendwo in Ontario herausgegeben hat."

Ferner behauptete Luchkowitch, er glaube nicht an den „Funding", den man von der Ueberlegenheit der einen Rasse über die andere habe. Er fordere jedes Mitglied des Parlaments auf, sowie jeden Gelehrten, hinlänglich nachzuweisen, daß eine Rasse unter gleichen Umständen nicht ebenso tüchtig sein könne wie eine andere. Der Mitteleuropäer könne ebenso ein „anständiger canadischer Bürger" werden wie jeder andere; er lerne englisch, erziehe seine Kinder gut, arbeite in Schul- und Munizipalbehörden mit, zahle seine Schulden usw., ob er ein Fremdgeborener oder ein einheimischer Canadier sei. Im Zusammenhang damit wandte sich der Redner gegen den Ausdruck „unerwünscht". **Ferner verteidigte er die Ansiedlung der Einwanderer in geschlossenen nationalen Kolonien und meinte, Leute von der Art eines Bischofs Lloyd möchten am liebsten alle Einwanderer auf ein Schiff zusammentreiben und es in der Mitte des Ozeans versenken.** Es sei besser, wenn jede Nationalität für sich lebe, als wenn Nachbarn über sie zu herrschen suchten, wodurch Zwietracht entstehen müsse. **All das Gerede über die Assimilierung der Einwanderer sei leeres Geschwätz, solange man ihnen nicht freundschaftlich entgegenkomme.** Der beste Weg sei der, man möge den Einwanderer nicht in seiner Entwicklung stören. Man könne nicht in einer Generation den Einwanderer ändern, solle ihm aber auch nicht seine Liebe zu seinem Geburtsland verargen, denn das sei keine schlechte Eigenschaft.

Den „Reformern" rief Luchkovitch zu, sie möchten ihre Assimilierungsweisheit für sich behalten und die Einwanderer in Ruhe lassen. **Die beste Assimilierung erreiche man durch Entgegenkommen, Gerechtigkeit und Hilfsbereitschaft.**

Republikschutzgesetz bleibt.

Berlin. — Das Reichskabinett hat beschlossen, die Gültigkeit des Gesetzes zum Schutze der Republik auf weitere drei Jahre zu verlängern.

Die Bestimmungen des Gesetzes ermächtigen die Reichsbehörden zu Maßnahmen zwecks Unterdrückung umstürzlerischer Bewegungen, welche die Sicherheit des Staates gefährden.

Autonomisten-Gewinne im Elsaß.

Straßburg. — Die in Elsaß und Lothringen abgehaltenen Munizipalwahlen ergaben namenhafte Gewinne für die Heimatbündler. In Straßburg und dem industriereichen Kolmar siegten sie mit überwältigender Majorität, dank einer mit den Kommunisten eingegangenen Fusion. Die meisten der städtischen Aemter in diesen beiden Gemeinwesen befinden sich nun in Händen der Heimatbündler, da die Kommunisten geschlossen für deren Kandidaten stimmten. Auch in zahlreichen Ortschaften des Moseltals war die Fusion von Heimatbündlern und Kommunisten siegreich. In Mülhausen wurde der sozialistische Maire wiedererwählt, doch sitzen im Stadtrat eine ganze Anzahl von Heimatbündlern. Metz wählte seine alten, städtischen Beamten wieder. Sie gehören durchweg der nationalistischen Richtung an. Die Sozialisten, welche in früheren Wahlen mit den Heimatbündlern häufig zusammen gegangen, ließen diese heuer im Stich und verbanden sich mit den nationalistischen Elementen. Trotzdem waren die Heimatbündler in den oben angeführten Orten und einer ganzen Anzahl anderer Gemeinden siegreich.

Deutschsprechende kommen nach Alberta.

Edmonton, 1. Juni. — Mit dem Dampfer „Stuttgart" des Norddeutschen Lloyd kamen etwa 40 deutschsprechende Einwanderer für Alberta. Nicht alle von den Einwanderern kommen aus Deutschland und nicht alle sind deutscher Nationalität, sprechen aber alle die deutsche Sprache. Nicht nur das Peace River-Gebiet bietet Möglichkeiten zur Ansiedlung, ohne daß man große Kapitalien braucht, es gibt in der Provinz Alberta auch viele andere Ortschaften, wo der Einwanderer mit nur ganz geringem Kapital anfangen kann und bei Fleiß und Ausdauer es zu einem selbständigen Vorwärtskommen bringen kann